

Dresdner Volkszeitung

Verlag: Dresdner Volkszeitung, Dresden & Leipzig, Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptstadt: Dresden, Sebr. Kraus, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Bettendorferplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Insertate werden die 7spaltige Zeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 1 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 39.

Dresden, Montag den 17. Februar 1919.

30. Jahrg.

Reichsrat oder Staatenhaus?

Verfassungsprobleme.

(Eigene Meldung.)

Berlin, 17. Februar. Nach der Meldung der Freiheit und der Völkischen Zeitung, für die eine Verfassung noch nicht in Erlangung war, ist Graf Brockdorff-Rantzau von einem Amte zurückgetreten. Den Grund hierfür soll die Vermutung sein, daß seine Rede in der Nationalversammlung bei den bürgerlichen Parteien hervorgehoben sei. Die Freiheit fordert die Ernennung einer durchaus unparteiischen Personlichkeit. Ferner meldet die Völkische Zeitung aus Weimar, in hiesigen politischen Kreisen nimmt man an, daß etwa gegen Mitte der Woche der neue Entwurf der Verfassung vom Kabinett an die Nationalversammlung gehen wird, so daß Ende dieser, spätestens Anfang nächster Woche die Beratungen über den Entwurf beginnen können.

In süddeutschen Abgeordnetenkreisen, die in enger Fühlung mit ihren Vertretern im Staatsauschuss stehen, wird geglaubt, daß nach dem vorläufigen Stande der Beratungen die Einrichtung eines Staatenhauses als selbständige Kammer neben dem Volkshaufe nicht beibehalten werden soll. An die Stelle des Staatenhauses tritt ein dem Bundesrat ähnliches Gremium, das voraussichtlich die Bezeichnung Reichsrat führen wird und eine Vertretung der Regierungen der einzelnen deutschen Staaten darstellt. Die Verhandlungen dieses Reichsrates sollen öffentlich, seine Mitglieder nicht an Jurisdiction dieser Regierungen gebunden sein. Gesetzentwürfe, die vom Reichsrat abgelehnt werden, gehen an die Volkshauskammer zurück. Im Falle, daß eine Übereinstimmung nicht erzielt wird, entscheidet das Referendum.

Völkerbund und Welttrutz.

Der japanische Baron Masino erklärte den Entwurf eines Völkerbundesvertrags, der am Sonnabend in Paris zur Veröffentlichung gelangte, für das wichtigste Werk, das je von Menschenhand geschrieben worden sei. Wenn ein japanischer Baron so enthusiastisch wird, so muß es sich schon um ein sehr wichtiges Werk handeln — es sei denn, daß nur einige Höflichkeit dazu zwingt, die Miene des Begeisterten anzunehmen. Wir sind nun nicht in der Lage, ein Sakellua über diesen Entwurf anzustellen, denn für uns repräsentiert sich dieser Vorschlag als der grandiose Entwurf eines anglo-amerikanischen Welttrutz, der dem angelsächsischen Kapital die Herrschaft über die ganze Erde sichert, kleinere Mächte mit geringerer Beteiligung zuläßt, den Außenfeind aber in die unmöglichste Lage bringt.

Wir wissen freilich aus vielen bitteren Erfahrungen, wie weit der Weg vom Ideal zur Wirklichkeit ist, und nachdem der Weltkrieg mit einem Sieg der angelsächsischen Mächte geendet ist, können wir nichts anderes erwarten, als daß der neue Weltfriede unter anglo-amerikanischer Schutzherrschaft aufgerichtet wird. Nur über die Wirklichkeit wollen wir uns nicht täuschen, und die Bedeutung des als Völkerbund bekannten Welttrutz wollen wir danach beurteilen, welcher Lebenszeitraum uns als einem Volk zweiten Ranges, das nur durch die Niederlage geworden ist, in dieser Weltorganisation gelassen wird. Das wird aber weniger von dem Wortlaut des Völkerbundesvertrags abhängen, als von dem Friedensvertrag, den wir zuvor eingehen sollen. Dieser Friedensvertrag kann so anfallen, daß wir uns mit der uns zugewiesenen Rolle im Völkerbund befriedigen können, aber auch so, daß der Völkerbund durch ihn vollends zur Farce wird. Dann werden wir vor der tatsächlichen Frage stehen, ob es richtiger ist, einen Schwindel aufzudecken und dem Völkerbund jede Anerkennung zu verweigern oder aber in Anerkennung der augenblicklichen Notlage und in der Hoffnung auf Besserung gute Miene zum bösen Spiel zu machen.

Es wird weiter zu bedenken sein, daß auch ein Völkerbundesvertrag nichts für alle Zeit Unveränderliches darstellt, daß auch er dem Fluß der Entwicklung unterliegt und daß seine Rechtsform durch Veränderung der tatsächlichen Verhältnisse neuen Inhalt bekommt. Diese Veränderung kann sich sowohl auf diplomatischem wie auf ökonomischem Gebiet vollziehen: Um nur vom zweiten zu reden, so ist es klar, daß der Völkerbund ein ganz anderes Gesicht bekommen muß, wenn in der ganzen Welt die Arbeiterinteressen über die Kapitalisteninteressen die Oberhand gewinnen. Wie sehr der Entwurf noch von kapitalistischem Geiste beherrscht ist, zeigt die wahrhaft lächerliche Behandlung, die die Sozialpolitik in ihm gefunden hat. Von ihr handelt nur der Artikel 20, in dem gesagt wird: Die Mächte werden sich bemühen, billige menschliche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Kinder ihrer Länder herbeizuführen und aufrechtzuerhalten. Sie werden eine dauernde Geschäftsstelle für Arbeiterfragen einrichten, die einen Bestandteil der Verwaltung des Völkerbundes bilden wird.

Es wäre entschieden schmerzlicher gewesen, die Arbeiterfrage ganz aus dem Spiele zu lassen, als diese lächerlichen Kulissen zu bauen, die doch niemand durchschauen können. Es heißt da: Die Mächte werden sich bemühen! Man kann sich um Verändertes bemühen, beispielsweise auch darum, auf den Mond zu fliegen. Aber diese Bemühungen verpflichten zu nichts. Propagandistisch wird eine dauernde Geschäftsstelle für Arbeiterfragen angehängt, die ja in dem internationalen Arbeits-

amt von Basel längst besteht. Die Aufnahme dieses Arbeitsamts in die Verwaltung des Völkerbunds bedeutet jedenfalls eine äußerst schmeichelhafte Rangserhöhung, aber keine Ausweitung des Wirkungsbereiches, noch Vermehrung des Einflusses.

Dieser Artikel 20 kennzeichnet das ganze Werk, das nicht aus sozialistischem Verdröhnungsgeist, sondern aus kapitalistischem Ehrgeiz geboren ist. Nun kann, darüber soll kein Zweifel bestehen, auch ein Trutz ein Vorteil und eine Stufe der Entwicklung sein, aber seine Bedeutung wird man vernünftigerweise nicht in Hypmen feiern, sondern mit dem Bedenken in der Hand nachprüfen. Diese Prüfung wird für uns aber erst möglich sein, wenn uns die siegreiche Entente ihre endgültige Friedensrechnung überreicht haben wird.

Die Preisgabe an die Polen.

Auf Grund des neuen Waffenstillstandsabkommens muß Deutschland alle gegen die Polen gerichteten Feindseligkeiten, die doch nur Verteidigungsmassnahmen gegen polnische Feindseligkeiten waren, unverzüglich einstellen. Das Abkommen legt eine Demarkationslinie fest, die von der russischen Grenze westlich Lissau, westlich Grohneudorf, südlich Drzozgo, nördlich Schubin, nördlich Gzin, südlich Samoschina, südlich Chodatesen (Kolmar), nördlich Gornikau, westlich Miola, westlich Birnbaum, westlich Dentschen, westlich Bollstein, nördlich Lissa, nördlich Bieruchow bis zur schlesisch-russischen Grenze verläuft. Das heißt also: fast die gesamte Provinz Polen mit Ausnahme des nördlich der Nege liegenden und des westlich der Linie Birnbaum—Dentschen nach der Provinz Brandenburg einströmenden Nipels bleibt einmündeln in Händen der Polen. Das kommt praktisch einer Preisgabe des festgelegten Gebiets an die Polen gleich. Wenn auch diese Abmachung nur eine provisorische sein soll, durch die dem Friedensvertrage nicht vorgegriffen werden soll, so gibt doch dieses ganz einseitige Zugeständnis an die Polen einen bitteren Vorgeschmack dieses Friedensvertrags.

Die Frage der Regierung dieses Gebiets löst das Abkommen offen, es bleibt also bei der jetzigen polnischen Herrschaft. Den Schatz der Deutschen in diesem Gebiete übernimmt eine internationale Kommission in Warschau, die wahrscheinlich Vertreter noch aus Entenden wird.

Der deutsche Protest.

Die deutsche Regierung ist sich der Schwere der Folgen bewusst, die sowohl die Annahme wie die Ablehnung des Abkommens nach sich ziehen müssen. Wenn sie ihre Delegierten angewiesen hat, zu unterzeichnen, so geschah dies in der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Regierungen jetzt ernstlich bestrebt sind, innerhalb der kurzen Frist, für die sie den Waffenstillstand verlängert haben, der Welt den ersehnten Frieden zu geben. Die deutsche Regierung ist aber genötigt, ihren Standpunkt zu den drei Bedingungen des Abkommens durch folgende Erklärungen klarzustellen:

I. Das Abkommen ignoriert die aus dem Volkswillen in gelebter Form hervorgegangene deutsche Regierung. Es legt den Deutschen in Form scharfer Befehle und Verbote zugunsten der ausländischen Polen die Pflicht auf, eine Anzahl wichtiger Plätze, darunter Weiden und Birnbaum, ohne weiteres zu räumen. Diese Plätze sind in deutscher Hand, überwiegend deutsch besetzt und von wesentlicher Bedeutung für den Verkehr mit dem deutschen Osten. Dabei leisten die alliierten und assoziierten Mächte nicht einmündeln die Gewähr dafür, daß die Polen es ihrerseits unterlassen, neue Angriffe zu unternehmen oder vorzubereiten, daß sie die deutsche Bevölkerung, auf deren Schutz wir verzichten sollen, menschenwürdig behandeln, daß sie die deutschen Geiseln freigeben, deren Festhaltung jetzt jeden Sinn verliert, und daß sie den bisherigen Lebensmittelverkehr nach dem Westen hin aufrechterhalten. Wenn wir auch bereit sind, jede militärische Angriffsbehandlung in Polen und andern Gebieten einzustellen und die gegenwärtige militärische Lage dort als Basis anzuerkennen, so müssen wir doch erwarten, daß auch die ausländischen Polen die Demarkationslinie einhalten, andernfalls müssen wir besorgt sein, uns mit Waffengewalt zur Wehr zu setzen.

II. Deutschland darf darauf hinweisen, daß es sich bis zur völligen Erschöpfung seiner wirtschaftlichen Kräfte und bis zur Zerrüttung seiner Verkehrsverhältnisse bemüht hat, den Waffenstillstandsbedingungen nachzukommen. Es will auch jetzt versprechen, die Punkte zu erfüllen, in denen ihm die Durchführung bis jetzt nicht gelungen ist. Dabei darf es aber annehmen, daß seine Verpflichtungen nicht in einer Weise ausdehnt werden, die mit den beiderseitig anerkannten Grundätzen des Präzedenzen der Vereinigten Staaten unvereinbar sind und den Gedanken des Rechtsfriedens im voraus umstülzen. Ob wir die in Aussicht gestellten Leistungen der alliierten Obersten Kommandoleitung zu befolgen in der Lage sind, müssen wir abwarten.

III. Wenn Deutschland jetzt an Stelle bestimmter

Prüfen für den Waffenstillstand, die es gestatteten, sich auf die Erfüllung der Bedingungen einzurichten, nur eine kurze, unbestimmte Frist mit einseitiger dreitägiger Kündigung gewährt wird, die geeignet ist, die Ruhe und Ordnung in Deutschland in hohem Maße zu gefährden, so bedeutet das eine ungerechtfertigte Erhöhung unserer Lage.

Wir vermögen die Hoffnung nicht anzugeben, daß die alliierten und assoziierten Regierungen es für tunlich halten, unter Verlängerung des Waffenstillstands bis zum Präliminarfrieden in Vorverhandlungen über die deutschen Gegenverstellungen einzutreten. Scheidemann.

Trotzk für Scheidemann.

Den deutschen Spartakisten und ihrem unabhängigen Anhang (Schwede als Ideal eines deutschen Zukunftstaats die russische Sowjetrepublik vor. Und alle Maßnahmen, die die deutsche Regierung ergreift, werden von den Spartakisten der radikalen Klasse als gegenrevolutionär, als Widerwehrmaßnahme des alten Systems, als Verstoß an der Revolution, als Ausdrücke der Ordnungspolitik, als Anbetelung der Arbeiterklasse beschimpft und beschrien.

Angeichts dieser linken Mutausbrüche ist es interessant an die Rede Trozki's zu erinnern, die er am 28. März 1918 auf dem Stadefest der russischen kommunistischen Partei in Moskau hielt und die der Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ als Broschüre unter dem Titel: „Arbeit, Disziplin und Ordnung“ werden die sozialistische Sowjetrepublik retten“, herausgibt.

In dieser Rede fordert Trozki alles das, was die deutsche Regierung jetzt tut. Im einzelnen verlangt er sogar noch schärfere Maßnahmen. Die Rede ist eine einjährige glänzende Verteidigung der Regierung Scheidemann. Einige Beispiele:

Über den Ausbau der Verwaltung sagt Trozki: Das Unglück der Arbeiterklasse liegt darin, daß sie stets in der Lage einer unterdrückten Klasse war. Das spiegelt sich in allem wieder: sowohl in dem Niveau ihrer Bildung, wie darin, daß sie die Liebe und Geschmtheit in der Verwaltung nicht hat, die die herrschende Klasse besitzt.

Darum tritt er dafür ein, auf der Stammschaft des alten Systems die besten Kräfte auszuwählen und sie an die richtige Stelle zu setzen. Wörtlich sagt er dann:

„Wie in die alten Maschinen, so ist auch in diese Revolution, Ingenieure, Ärzte, Lehrer, Offiziere, in sie alle ein gewisses Kapital von unserem nationalen Vermögen hineingesteckt, das wir auszunutzen beschließen und, wenn wir die Grundfragen, die vor uns stehen, überhaupt lösen wollen.“

Trozki betont die Notwendigkeit, dem Nachmann die Möglichkeit seiner Tätigkeit zu überlassen, weil kein Hochmann auf seinem Gebiet arbeiten kann, wenn er von einer Gruppe Menschen, die dieses Gebiet nicht kennen, kommandiert wird. Auch den Arbeitszwang fordert Trozki. Mit großer Schärfe tritt er gegen alle die auf, die ihrer Arbeitspflicht, ganz gleich auf welchem Posten sie stehen, nicht nachkommen. Er verlangt, daß man Arbeitergerichte einführt, und daß die, die Material entweiden, unachtsam damit umgehen, oder ihre Arbeit nicht mit Arbeit ausfüllen, bestrast werden, damit die Namen solcher Verbreiter der sozialistischen Solidarisität in allen Sowjet-Publikationen als die Namen der Unwürdigen gedruckt würden.

Dann entwickelt Trozki sein militärisches Programm. Er fordert die Bildung einer geduldeten und beschützten Armee zum Schutze der Sowjetrepublik nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Er verweist aber ausdrücklich das Wahlprinzip und sagt darüber:

„Unter dem jetzigen Regime in der Armee — ich sage es Ihnen vollkommen offen — erschüttert das Wahlprinzip politisch, moralisch, technisch aber ungewöhnlich in dem Maße, in dem es bereits fastlich aufgehoben.“

Trozki will im Gegenteil auf dem Gebiete der Rotationen Gewalt und auf dem Operations- und Kampfgebiet die volle Verantwortung den militärischen Spezialitäten ausserlegen. Und er sagt ausdrücklich:

„Für die Schaffung solcher Armee brauchen wir jedoch qualifizierte Fachleute, darunter auch die geistigen Generale.“

Dieser Satz Trozki's wird den deutschen Spartakisten heftig in den Ohren klingen, wie alles, was Trozki in dieser Rede sagt. Diese Rede ist Wort für Wort eine Rechtfertigung der Regierung Scheidemann. Und Thema und Sinn der Rede treffen voll und ganz auf Deutschland zu:

„Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die deutsche sozialistische Republik retten!“

Neue Spartakusstreiche.

Spartakus löst das arg geplagte deutsche Volk nicht zur Ruhe kommen. Leider kommen wieder von allen Seiten Nachrichten über Hebergriffe und Unruhen, die denen es zum Teil zum Überdruß gekommen ist. Sonntag abend wurden in Berlin nach einer Auflösung einer Versammlung des roten Soldatenbundes die ordnungswidrigen Heimardruppen angegriffen, so daß sie von der Waffe Gebrauch machen mußten. Ein Demonstrant wurde getötet, zwei verletzt. In Nürnberg wurden nach einer Versammlung der Unabhängigen und Spartakisten der demokratische Räteklub auslösch und eine Anzahl öffentliche Gebäude erobert. Bei dem Angriff auf das Generalkommando soll es 3 Tote und Verwundete gegeben haben. In Weizenkirchen haben die Spartakisten die Herrschaft an sich gerissen und die Sicherheitsmänner entlassen. In Kiedrich wurden die Regierungstruppen beim Einzug von Spartakisten angegriffen. Es wurden ein Offizier und ein Mann getötet und 10 Soldaten verwundet. Auch die Spartakisten hatten mehrere Tote und Verwundete. In Düsseldorf betritt vorläufig noch Spartakus unbedrängt. Er hat der jetzigen gegen Androhung von 10 000 M. Strafe verboten. Inletzte zu bringen zur Anwendung für den Heimatschutz. Wenn eine Zeitung die 10 000 M. nicht bezahlen kann, wird ihr die Tüte zugemacht. Das ist die Freiheit, die die Spartakisten meinen.